



8. September 2022

Richtigstellung zum Artikel vom 6.9.2022 in der linth24: «Badi Lido: Stapi und Stadtrat im Abbruchwahn»

Folgende Passage ist falsch: «Stöckling stemmte sich an der Bürgerversammlung mit Ziffern aus dem Gemeindegesetz gegen die Offenhaltung der Badi. An der Dezember-Bürgerversammlung, so Stöckling, könne kein Antrag dazu gestellt werden.»

Der Antrag von Regula Bürer-Späni lautete:

«Die Stadtverwaltung von Rapperswil-Jona wird angewiesen, am Freibad Lido bis zur Bürgerversammlung vom 1. Dezember 2022 keinerlei Abbrucharbeiten oder Rückbauten vorzunehmen und die heutige Badeanstalt nach der Schliessung im Herbst entsprechend abzusichern. Die Stadtverwaltung ist zudem gebeten, die IG «Badi Lido bleibt offen» mit den nötigen und angeforderten Unterlagen für die Erarbeitung eines kostengünstigen Offenhaltungs-Projekts der Badi zu bedienen.»

Stadtpräsident Martin Stöckling stellte fest, dass der Antrag von Regula Bürer-Späni obsolet ist, da bis im Dezember 2022 nichts abgebrochen werden wird. Auf Rückfrage bei Regula Bürer-Späni, ob somit der Antrag obsolet sei, bestätigte sie dies. Zum Antrag hielt er fest, dass über den Antrag von Frau Bürer-Späni gemäss Gemeindegesetz nicht hätte abgestimmt werden können. Anträge an einer Bürgerversammlung unter Varia können nur beraten, zur Begutachtung und Ausarbeitung eines Beschlussentwurfs an den Rat überwiesen oder verworfen werden. Dies gilt auch für den Antrag, den Frau Bürer-Späni für die Bürgerversammlung vom Dezember ankündigte. Der Stadtpräsident erklärte sich aber bereit, mit der IG zusammensitzend und die Möglichkeiten abzuklären. Regula Bürer-Späni war an der Bürgerversammlung auch damit einverstanden.

Folgende Passage ist falsch: «Im Stadthaus herrscht bezüglich Badi Lido ein wahrer Abbruch-Wahn.»

Der Auftrag zum Abbruch des Schwimmbadgebäudes wurde mit der Kreditbewilligung an der letzten Bürgerversammlung durch die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger erteilt.

Diese Passage ist falsch: «Damit kam ein ganzer Pot an falschen und irreführenden Aussagen aus dem Stadthaus zusammen: Die Kassen, die Liegestühle und die Sonnenschirme waren vorhanden, wie Linth24 aufdeckte. Und Stadtpräsident Stöckling wusste das. Er sah das einen Monat zuvor mit eigenen Augen.»

Diese Aussagen sind, was die Kasse betrifft, irreführend. Fakt ist, dass die in Fotos auf linth24 gezeigten Kassen nicht mehr eingesetzt werden konnten, da das verwendete System vom städtischen EDV-System nicht mehr unterstützt wurde. Daher hat die Stadt zu einem anderen Anbieter gewechselt (Skidata) und für den Stampf und die Eishalle neue Hardware gekauft. Für's Lido wurde natürlich aufgrund der geplanten Schliessung keine neue Hardware budgetiert/gekauft, daher standen im Lido keine Kassen mehr zur Verfügung.



8. September 2022
Seite 2

Die Aussage, wonach Martin Stöckling die Kasse, Liegestühle und die Sonnenschirme mit eigenen Augen gesehen habe, ist ebenfalls falsch. Die Aussage Martin Stöcklings zu den Sonnenschirmen und Liegestühlen erfolgte nicht in der Absicht der Irreführung, sondern basierte auf offenbar falschen Auskünften.

Folgende Aussage ist falsch: «Auch die Filteranlage war ok. Und die Betriebskonzession sagte der Kanton der Stadt problemlos wieder zu.»

Der Kanton gab der Stadt keineswegs «problemlos» grünes Licht für den Weiterbetrieb des Freibads, wie die nachfolgenden Ausführungen zeigen:

Am 07. Juni 2018 fand im Freibad Lido eine ordentliche Inspektion durch das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (AVSV) statt. Dabei wurden diverse Mängel festgestellt. Das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (AVSV) gab nur noch grünes Licht für den weiteren Betrieb unter der Bedingung, das Qualitätssicherungskonzept anzupassen und die festgestellten baulichen und anlagetechnischen Mängel im Zuge des Um-/Neubau-Projektes unter Berücksichtigung der anerkannten Regeln der Technik zu beheben. Zudem wurde festgehalten, dass - sollte Freibad Lido nicht wie geplant bis im Jahre 2020 nach den Vorgaben zum Stand der Technik saniert/gebaut werden - der weitere Betrieb grundsätzlich in Frage gestellt sei. Ein darüber hinaus gehender Betrieb sei nur unter Auflagen zum sicheren Badebetrieb und mit schriftlicher Zustimmung vom Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen (AVSV) möglich.

Im Dezember 2019 sistierte der Stadtrat das Projekt «Erneuerung und Sanierung Schwimmbad Lido». Am 26. Juni 2020 entschied er, das Projekt abzubrechen. Die obige Verfügung konnte folglich was die Aufbereitung Bad und die Technik anbetrifft nicht fristgerecht umgesetzt werden.

Für die Saison 2021 erteilte das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen im November 2020 grünes Licht für den Badebetrieb. Allerdings erneut unter diversen Auflagen. Die Besucherzahl für das Freibad Lido muss beschränkt werden. Die Badewasser- und Duschwasserqualität muss vermehrt geprüft werden und es musste eine Seewasseraufbereitung installiert werden.

Die Stadt setzte diese Auflagen bis zur Badesaison 2021 um. Die Seewasseraufbereitung löste Kosten von rund CHF 100'000 aus. Insgesamt beliefen sich die Kosten für die Wiederaufnahme des Badebetriebs im Jahr 2021 auf über CHF 300'000. Weiterhin kommen hohe Unterhaltskosten für den technischen Unterhalt und Reparaturen sowie zusätzliche personelle Ressourcen wegen vermehrten Kontrollgängen im Untergeschosse bei der Wasseraufbereitung.

Im August 2021 ersuchte Stadtrat Christian Leutenegger das Amt für Verbraucherschutz und Veterinärwesen noch einmal um die Verlängerung des Badebetriebs für die Saison 2022 unter Einhaltung obenstehender Auflagen. Er kam damit dem in der Mitwirkung geäußerten Wunsch nach, die Schliessungszeit der Badi im Rahmen der Instandstellung um ein Jahr zu verkürzen. Das AVSV gab – unter der Bedingung, dass die bestehenden Auflagen weiterhin eingehalten werden – grünes Licht für eine weitere Saison.

Im Dezember 2021 lehnte die Bürgerversammlung einen Projektierungskredit für die Instandstellung des Freibads Lido ab und bewilligte im Rahmen des Budgets einen Kredit



8. September 2022

Seite 3

für den Rückbau der Technikräume sowie des Restaurants. Damit erteilte die Bürgerschaft dem Stadtrat einen Auftrag. Der Stadtrat ist zudem der Auffassung, dass keine Investitionen mehr in die bestehende veraltete Badewassertechnik und Freibadanlage mehr erfolgen sollen. Denn es ist nicht abschätzbar, wie lange die Auflagen des Kantons mit der bestehenden Wassertechnik noch gewährleistet werden könnten.

Diese Passage ist irreführend: «Am 26. Juni 2020 verkündete der Stadtrat nach der Vorinformation vom 19. Dezember 2019 das definitive Aus des Badi-Neubaus. Zwei Millionen Franken Planungskosten waren im Eimer. In derselben Mitteilung schrieb der Stadtrat noch: «Die Betriebsbewilligung des Kantons für das Freibad Lido gelte «einstweilen» bis zu Beginn des Baus einer neue Badi.»

Es fehlt der nachfolgende und entscheidende Satz in der zitierten Medienmitteilung: «Der Stadtrat wird die Möglichkeiten für den weiteren Betrieb des Schwimmbads Lido mit dem Kanton klären.» Schon damals war klar, dass aufgrund des Projektabbruchs die Situation mit dem Kanton geklärt werden muss (vgl. vorhergehende Richtigstellung), was in der Medienmitteilung transparent gemacht wurde.

Diese Aussage ist falsch: «Anlässlich einer 80'000 Franken teuren Volks-Befragung zur Badi teilte der Stadtrat mit ...»

Die E-Mitwirkung zum Freibad Lido wurde von der Verwaltung aufgesetzt und mit dem bestehenden Mitwirkungstool durchgeführt. Die einzigen externen Kosten fielen für Visualisierungen an (rund CHF 2'000.--).

Diese Aussagen sind falsch: «Der wachsame Bürger Joe Kunz war an der Bürgerversammlung dagegen, dass die Stadt für «10 bis 15-Jahre» ein Badi-Provisorium für fast 8 Millionen baut. Und prompt folgte ihm die Bürgerschaft und versenkte die Stadtrats-Vorlage.»

«Am 2. Dezember 2021 legte der Stadtrat der Bürgerschaft noch einen 8-Millionen-Vorschlag für die Badi Lido vor»

Die Stadt hat der Bürgerversammlung einen Projektierungskredit über rund 600'000 vorgelegt und keinen 8-Millionen-Vorschlag. Zudem geht aus den Bürgerversammlungsvorlage klar hervor, dass das noch zu entwickelnde Projekt im Rahmen eines Kostendachs von 7,5 Mio. Franken erstellt werden soll.

Zitat Bürgerversammlungsgutachten: «Die Kosten für die Variante «Instandstellung» von insgesamt 7,5 Mio. Franken im Sinne eines Kostendachs setzen sich wie folgt zusammen: ...»

Es ist deshalb falsch, von einem «8-Millionen-Vorschlag» zu sprechen.